EUROPEAN-NEWS-AGENCY.COM

EUROPEAN NEWS AGENCY

International Press Service

Ressort: Politik

Ausgrenzung als Brandbeschleuniger: Die Paradoxie der AfD

Deutschland, 02.04.2026 [ENA]

Es ist ein politisches Phänomen, das die Bundesrepublik in dieser Form noch nicht erlebt hat: Eine Partei, die Alternative für Deutschland (AfD), wird vom Verfassungsschutz beobachtet, medial nahezu flächendeckend als pariahaft markiert und gesellschaftlich mit einer „Brandmauer“ isoliert – und doch eilt sie von Wahlsieg zu Wahlsieg. Trotz öffentlicher Ächtung wächst ihr Einfluss zunehmend an.

Nach den historischen Ergebnissen der AfD in Sachsen und Thüringen 2024 und dem massiven Zuspruch bei der Bundestagswahl 2025 markiert das jüngste Ergebnis in Rheinland-Pfalz vom März 2026 eine Zäsur. Mit 19,5 Prozent im Westen und einer Dominanz bei den unter 45-Jährigen ist die Erzählung von der „ostdeutschen Protestbewegung“ endgültig in sich zusammengebrochen, und man muss eingestehen, dass die AfD auch in Westdeutschland, trotz der Steine die ihr in den Weg gelegt werden, die Wähler abholt.

Das Paradox der Ausgrenzung

Die Strategie von Politik, Medien und Teilen der Zivilgesellschaft wirkt wie ein Bumerang: Je lauter vor der „Gefahr für die Demokratie“ gewarnt wird, desto stärker scheint die AfD-Anhängerschaft zu werden. Trotz öffentlicher Ächtung, Boykottaufrufen gegen Betriebe oder beruflicher Nachteile für bekennende Mitglieder bleibt ihre Wahlbereitschaft bestehen – ein Beispiel für die von Elisabeth Noelle-Neumann beschriebene „Schweigespirale“, nach dem Menschen ihre Meinung zurückhalten, wenn sie glauben, damit in der Minderheit zu sein.

Das Paradoxon ist offensichtlich: Wenn Millionen von Bürgern eine Partei wählen, die als „gesichert rechtsextrem“ etikettiert wird, gibt es nur zwei logische Schlussfolgerungen. Entweder ist ein Fünftel der Bevölkerung über Nacht zu Verfassungsfeinden mutiert – ein Armutszeugnis für Jahrzehnte der Demokratieerziehung – oder aber die Maßstäbe der Bewertung sind selbst politisch verrutscht.

Zweierlei Maß als Brandbeschleuniger

Besonders kritisch muss die Rolle staatlicher Institutionen hinterfragt werden. Die Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Köln vom Februar 2026, die dem Verfassungsschutz die Bezeichnung „gesichert rechtsextremistisch“ vorerst untersagte, war ein schwerer Schlag für das offizielle Narrativ. Wenn dann noch interne Mails bekannt werden, die eine politische Instrumentalisierung der Hochstufung durch das

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Innenministerium nahelegen, wird das Fundament der Unparteilichkeit brüchig.

Hinzu kommt eine eklatante Doppelmoral im politischen Alltag. Ob es um die Anstellung von Verwandten, intransparente Parteispenden oder die Nähe zu radikalen Rändern geht: Was bei der AfD als Beweis für deren „Mafiastrukturen“ oder Verfassungsfeindlichkeit skandalisiert wird, gilt dies bei Union, SPD oder Grünen oft als „bedauerlicher Einzelfall“ oder „alter Filz“. Diese selektive Empörung wird vom Wähler registriert und als Eliten-Arroganz verbucht.

Die verwaiste Mitte und die kulturelle Entfremdung

Der Erfolg der AfD ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer tektonischen Verschiebung im Parteienspektrum. Seit der Ära Merkel hat die Union ihren konservativen Flügel weitgehend geräumt. Themen wie nationale Souveränität, eine restriktive Migrationspolitik oder der Schutz traditioneller Familienwerte wurden aufgegeben. Die AfD besetzt heute den Raum, den Politiker wie Alfred Dregger oder ein früherer Thilo Sarrazin einst innerhalb der Volksparteien ausfüllten. Im Grunde führt die AfD eine rechte Politik die es schon seit Beginn der Bundesrepublik in den Parteien gab, nun aber von diesen nicht mehr gestützt wird. Eigentlich eine nationale, konservative, rechte Politik, welche eine Demokratie aushalten muss.

Doch es geht um mehr als Parteiprogramme. Es geht um ein tiefes Gefühl der Heimatlosigkeit. Viele Bürger nehmen wahr, dass der Staat Milliarden für globale Projekte, Auslandshilfe und die Folgen einer unkontrollierten Zuwanderung aufwendet, während die eigene Infrastruktur verfällt und Rentner um ihre Würde bangen. Wenn in Schulen Schweinefleisch vom Speiseplan verschwindet oder Kinder sich aus Angst vor religiös motiviertem Mobbing nicht mehr frei äußern können, empfinden das viele als Kapitulation der eigenen Kultur. Dass Kritik daran sofort unter Rassismus-Verdacht gestellt wird, verstärkt das Gefühl, im eigenen Land fremd zu sein.

Ein Blick in den Abgrund der Sprachkontrolle

Besonders für Menschen mit DDR-Biografie ist die aktuelle Debattenkultur ein Déjà-vu. Die Verengung des „Overton-Fensters“ – also dessen, was sagbar ist, ohne die soziale Existenz zu riskieren – erinnert fatal an das Klima der Vorwendezeit. Wenn „Gendern“ und „politische Korrektheit“ von oben verordnet werden, während die realen Probleme der inneren Sicherheit und der kulturellen Identität verschwiegen werden, bricht das Vertrauen in den Diskurs.

Die AfD ist das Fieberthermometer, nicht die Krankheit

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Mit Blick auf die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im September 2026 steuert Deutschland auf ein demokratisches Patt zu. Liegt die AfD in Umfragen bei 40 Prozent, wird die „Brandmauer“ faktisch zu einer Blockade des Wählerwillens. Ein Vierer-Bündnis von der CDU bis zur Linken, nur um die stärkste Kraft auszuschließen, mag mathematisch möglich sein, wäre politisch jedoch ein Offenbarungseid und würde die Parteien noch unglaubwürdiger machen.

Die AfD ist nicht die Ursache der Krise, sie ist das Fieberthermometer. Solange die etablierte Politik die Sorgen der Menschen mit moralischer Überlegenheit statt mit inhaltlichen Lösungen beantwortet, wird das Fieber weiter steigen. Ein Verbotsverfahren wie es vielerorts gefordert wird, schafft ja auch nicht die Wähler ab, es könnte vielmehr das Thermometer zum platzen bringen. Eine Demokratie, die den Widerspruch nicht mehr aushält und mit Ausgrenzung statt Argumenten reagiert, gefährdet am Ende genau das, was sie zu schützen vorgibt.

Bericht online lesen:
https://www.european-news-agency.de/politik/ausgrenzung_als_brandbeschleuniger_die_paradoxie_der_afd-93329/

Redaktion und Verantwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Oliver Klas

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.